



Martina Klärle ist neue Präsidentin der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW). Foto: Reiner Pfisterer

Klärle neu an der Spitze

Regio. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg hat eine neue Spitze: Martina Klärle folgt auf Arnold van Zyl. Klärle kommt von der Frankfurt University of Applied Sciences, wo sie seit 2019 Vizepräsidentin für Forschung, Weiterbildung und Transfer war.

Theodor Sproll, Rektor der DHBW Lörrach, begrüßte Klärle herzlich mittels einer Videobotschaft und sagte: „Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Klärle als neuer Präsidentin der DHBW. Gerade ihre Schwerpunkte in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind passgenau zu den strategischen Plänen der DHBW Lörrach.“ Klärle betonte, dass die DHBW für sie eine einzigartige Hochschule sei. Mit ihrem dualen Studienmodell, ganz nah an der Wirtschaft, und mit ihrer dezentralen sowie regionalen Struktur sei sie ein deutschlandweit unverzichtbarer Baustein der Hochschulwelt.

Spaziergänger an 38 Orten

Kreis Lörrach (ov/mcf). Wie in den vergangenen Wochen kam es am Montagabend zu einer Vielzahl von Einsätzen in diversen Städten und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Freiburg, wie dieses mitteilte. An 38 verschiedenen Orten sei es zu Demonstrationen in Form von „Spaziergängen“ gekommen. Insgesamt wurden rund 2600 Personen gezählt.

Angemeldete Versammlungen gab es mit bis zu 100 Teilnehmern in Lörrach sowie in Müllheim mit 300. Hier fand auch eine angemeldete Gegenveranstaltung statt. In Steinen trafen sich etwa 50 „Spaziergänger“, fünf wurden angezeigt. In Schopfheim-Fahrnau wurden 20 „Spaziergänger“ angezeigt, in der Innenstadt kamen 60 Personen zusammen, in Weil bis zu 40, in Zell sowie in Schönau bis zu 20.

Inzidenz steigt auf 1558,7

Kreis Lörrach. Dem Gesundheitsamt sind gestern 789 Corona-Neuinfektionen gemeldet worden. Neue Todesfälle sind nicht zu beklagen. Die Sieben-Tage-Inzidenz steigt auf 1558,7 pro 100.000 Einwohner.

Derzeit befinden sich 39 Personen aus dem Landkreis mit Covid-19-Infektion in Krankenhäusern innerhalb und außerhalb des Landkreises. Auf Intensivstationen behandelt werden sechs Personen. Fünf Patienten müssen beatmet werden. Die Zahl der seit Beginn der Pandemie an oder mit Corona Verstorbenen beläuft sich auf 358.

Krisenmanagement stößt auf Kritik

BaWü-Check | Landesregierung erhält durchwachses Zeugnis / Planungssicherheit fehlt

Die große Mehrheit ist nach zwei Jahren Pandemie desillusioniert und ermüdet. Dies schlägt sich auch teilweise in dem Urteil über das Krisenmanagement der Landesregierung nieder, wie eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt. Kritik kommt auch von der Dehoga im Kreis Lörrach und der IHK Hochrhein-Bodensee: Weiterhin fehle es an Planungssicherheit für Unternehmer.

■ Von Michael Werndorff

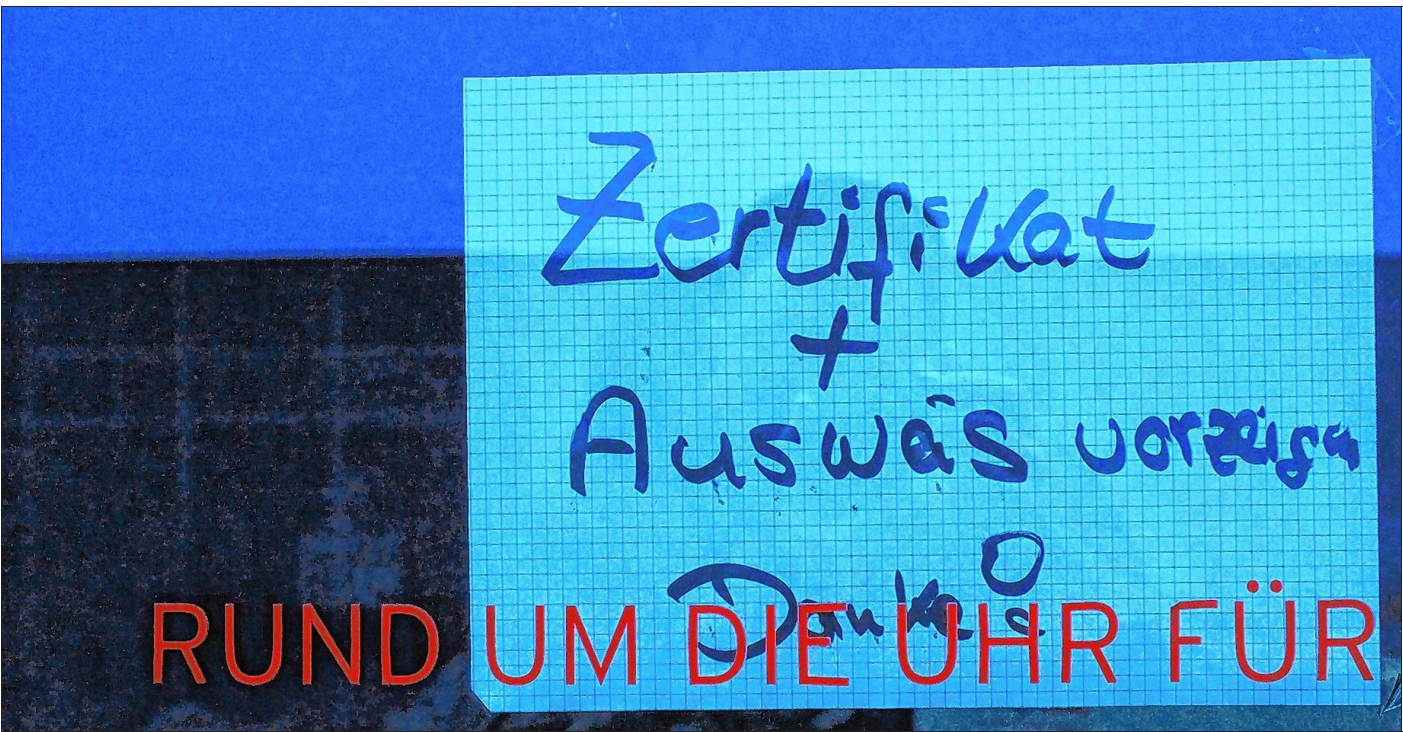
Kreis Lörrach. Pharmabranche, Medizintechnikhersteller oder Onlinehandel – sie alle sind Gewinner der Corona-Pandemie. Das Nachsehen hat der stationäre Einzelhandel, der zuletzt unter der 2G-Regel Umsatzeinbußen erfuhr (wir berichteten). Weitere Verlierer sind Gastronomie und Hotellerie.



„Unserer Branche fehlt nach wie vor die Planungssicherheit. Die Betriebe im Landkreis Lörrach sind am Kämpfen“, moniert Mike Kiefer, Vorsitzender des Kreisverbands des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga), das Krisenmanagement von Bund und Land im Gespräch mit unserer Zeitung. „Wir wissen nicht, was wir noch machen sollen.“ Auch mit Blick auf die Fasnacht herrsche Ratlosigkeit. Und: Sind Geburts-



Kundennahe Branchen haben das Nachsehen. Foto: pixabay



Geimpft, genesen, 2G, 3G und 3G-Plus: Die Coronamaßnahmen haben nicht selten für Verwirrung gesorgt. Foto: Tim Nagengast

tagsanlässe gestattet? Wie viele Gäste dürfen zugelassen werden? Vorgaben änderten sich schnell, Gäste seien nicht informiert.

Kundschaft bleibt aus 2G-Regel, 2G-plus, die Verkürzung des Genesenenstatus: Kiefer kritisiert die sich oft ändernden Regeln, welche auch die Kundschaft schlichtweg überfordere. „Es sollte eine Zeit lang bei 2G bleiben, dann wissen wir und die Gäste, woran wir sind.“ Diese würden 2G-Plus nicht mittragen, so der Kreis-Dehoga-Vorsitzende.

Kritik an der Änderung der Corona-Verordnung des Landes übte zuletzt die Dehoga Baden-Württemberg. „Politik muss auch in Krisenzeiten berechenbar bleiben. Dem wird die Landesregierung mit ihrer erneuten Regeländerung nicht gerecht“, erklärt der Dehoga-Landesvorsitzende Fritz Engelhardt am 11. Januar. „Die Landesregierung setzt das Warnstufen-System, das sie vor wenigen Wochen selbst eingeführt hat, jetzt kurzerhand außer Kraft, um an harten Maßnahmen festhalten zu können. Auf viele Betroffene muss das wie Willkür wirken. Jede Planungssicherheit für Betriebe und Beschäftigte wird dadurch zunichte ge-

macht“, erklärte Engelhardt, der für die von den Corona-Auflagen schwer belasteten Betriebe und Beschäftigten der Branche glaubwürdige Perspektiven einforderte.

Agil und tatkräftig Derweil erklärt Claudius Marx, Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee, auf Nachfrage unserer Zeitung, dass die Landesregierung insgesamt gute Arbeit geleistet habe. „Sie hat sich in der Pandemie, die für uns alle die erste war, agil und tatkräftig gezeigt, die Ministerien waren für uns stets ansprechbar, wenn es um die Belange und Sorgen der Wirtschaft ging. Das verdient Anerkennung und deswegen wollen wir auch nicht mit dem Vergrößerungsglas auf Fehler schauen, die es selbstverständlich in den vergangenen zwei Jahren gab.“

Perspektive entscheidend Entscheidend sei letztlich die Perspektive: Rückschauend wüssten immer viele, was wann hätte getan werden müssen, damit es anders gekommen wäre. Die Landesregierung habe stets mit den richtigen Motiven gehandelt – die Gesundheit der Menschen, allen voran der vulnerablen Gruppen, zu schützen, das Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren und dabei die Wirtschaft, das Bildungssystem und den Alltag der Menschen nicht mehr als notwendig einzuschränken. „Dass das nicht immer gelungen ist, und dass den Leidtragenden, den Betroffenen nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wurde, gehört eben auch zur Wahrheit“, macht Marx deutlich.

Positiv bewertet er die differenzierten Corona-Hilfen, Bundes- und Landesprogramme, deren schnelle und un-

bürokratische Ausreichung, in die auch die IHK eingebunden war, und vor allem das Kurzarbeitergeld. „Diese Hilfen waren für die Unternehmen existenziell wichtig, haben uns vor einer Pleitewelle bewahrt und den Arbeitsmarkt erfolgreich stabil gehalten.“

Hohe Regelungsdichte Gelitten hätten die Betriebe unter den Corona-Maßnahmen mit ihrer hohen Regelungsdichte, unter der mitunter absurden Regelungskomplexität und unter ihrer Änderungsrate. „Wo kaum mehr klar war, was gerade galt, kam auch die Kundenfrequenz, die jeweils rechtlich noch möglich gewesen wäre, zum Erliegen. Das gilt insbesondere für die grenzüberschreitende Konsumnachfrage“, verweist Marx

»Betroffene haben nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit erfahren.«

Claudius Marx

eine vollständige Planungssicherheit nicht geben, weil wir nicht wissen, wie sich das Virus verhalten wird.“ Von dieser Unsicherheit seien wieder die kundennahen Branchen besonders betroffen. Sie wüssten nicht, wann sie wieder zu ihrem normalen Geschäftsbetrieb zurückkehren können und für wie lange.

Auf Unverständnis stoßen die kurzfristigen Kurswechsel: „Je kurzfristiger die Kurswechsel, desto höher der Schaden. Wenn etwa von heute auf morgen verkündet wird, dass der Genesenstatus nur noch für drei statt sechs Monate gültig sei, ist das wenig wirtschaftsfreundlich.“

Alle Branchen im Blick Den Blick nach vorne richtend, erwarte die IHK von der Landesregierung, dass sie weiterhin alle Branchen im Blick behalte. Der IHK-Hauptgeschäftsführer hofft auf eine vorausschauende Politik, basierend auf den

gesammelten Erfahrungen und Erkenntnissen. „Nach zwei Jahren Pandemie können Lockdowns und Teilschließungen keine Lösungen mehr sein. Eine gewisse Krankheitslast müssen wir im Interesse aller betroffenen Bereiche, nicht nur der Wirtschaft, hinnehmen.“ Sie so gering wie möglich zu halten, verlange eine Konzentration auf die Impfkampagne, mit oder ohne Impfpflicht.

Darüber hinaus habe die Pandemie offengelegt, was in unserem Land besser werden müsse. Die Glasfaser- und Mobilfunkversorgung, die Digitalisierung der Schulen, der allgemeinen Verwaltung und des Gesundheitswesens.

Vorkrisenniveau rückt näher

Arbeitsmarkt | Anstieg der Arbeitslosigkeit fällt geringer aus als erwartet

Kreis Lörrach. Im Januar ist die Arbeitslosigkeit gestiegen – allerdings geringer als in den Vorjahren. Im Bezirk der Agentur für Arbeit Lörrach waren 8861 Frauen und Männer ohne Beschäftigung gemeldet, 527 mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Arbeitslosigkeit um 2150 Menschen abgenommen und nähert sich

damit weiter dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk Lörrach nahm um 0,3 Prozentpunkte zu und liegt nun bei vier Prozent (Land 3,6 Prozent). Vor der Corona-Krise lag die Quote bei 3,6 Prozent. „Üblicherweise steigt die Arbeitslosigkeit zum Jahresbeginn. Das ist kein Grund zur Sorge und hängt mit den

witterungs- und saisonbedingten Schwankungen zusammen. Erfahrungsgemäß entspannt sich die Situation in den Frühlingsmonaten wieder“, erklärt Agenturchef Horst Eckert. Mit einem Anstieg von sechs Prozent falle die Zunahme in einem Januar so gering wie seit Jahren nicht mehr aus. In der Vergangenheit waren es im

Durchschnitt zehn Prozent. „Wir haben als Region viel geschafft: Der Einsatz von Kurzarbeit verhinderte erfolgreich Kündigungen, unsere Unternehmen agieren mit viel Weitblick. Ich kann mir vorstellen, dass wir im Laufe des Jahres -zumindest bei der Arbeitslosigkeit – das Vorkrisenniveau erreichen werden.“



Die Region habe in der Corona-Pandemie viel geschafft, sagt Horst Eckert. Foto: zVg